

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 24

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erziehung

Sowjetunion

Fremdsprachenunterricht

Die sowjetische Regierung hat ein Sonderdekret über den Fremdsprachenunterricht erlassen. Es geht dabei nicht zuletzt um den propagandistischen Einfluss in Lateinamerika.

Wie gewohnt beginnt der Text des Beschlusses, der in der «Prawda» vom 4. Juni veröffentlicht wurde, mit der optimistischen Feststellung, dass in den letzten Jahren auf dem Gebiet des Fremdsprachenunterrichts Erfolge erzielt wurden. Schon mit dem nächsten Satz wird aber zugegeben: «Es gibt aber in dieser wichtigen Sache ernsthafte Mängel. Der überwiegende Teil der Absolventen der allgemeinen Mittelschulen, der speziellen Mittelschulen und der Hochschulen beherrscht die Fremdsprachen schlecht.»

Im Regierungsbeschluss wird eine Reihe von Massnahmen aufgezählt, die den Fremdsprachenunterricht fördern und seine Qualität heben sollen. Die wichtigsten dieser Massnahmen seien kurz erwähnt: neue Unterrichtsprogramme; die Teilung der Klassen in den Mittelschulen beim Fremdsprachenunterricht in Gruppen zu höchstens 15 Schüler; die Eröffnung von mindestens 700 allgemeinen Mittelschulen, in welchen einige Fächer in fremder Sprache unterrichtet werden; die Einführung des fakultativen Fremdsprachenunterrichtes in den Kindergärten und in den Elementarschulen; spezielle Kurse zur Weiterbildung der Fremdsprachenlehrer; an den Hochschulen sollen Gruppen gebildet werden für die zukünftigen Lehrer, die ihre Fächer in fremden Sprachen unterrichten werden, wobei für diese Kandidaten ein zusätzliches Lehrjahr vorgesehen ist; die Fremdsprachenlehrer mit Hochschulbildung werden in den neu zu gründenden zweijährigen Kursen zu Hochschuldozenten für Fremdsprachen ausgebildet.

Dass alle diese Massnahmen ihre positive Wirkung auf das Niveau des Fremdsprachenunterrichts und folglich auf die Beherrschung der Fremdsprachen haben werden, ist ziemlich sicher. Die andere Frage ist, wann die ersten Ergebnisse sich zeigen werden und ob mit diesen organisatorischen Mitteln ein durchschlagender Erfolg überhaupt erzielt werden kann.

Man darf nicht vergessen, dass die Situation, sozusagen die Ausgangslage in der Sowjetunion in dieser Beziehung ganz anders ist als in den meisten westlichen Ländern. Es gibt heute in der UdSSR abgesehen von Diplomaten keine ständig dort wohnenden Ausländer, es gibt auch nur eine sehr kleine Zahl von gebürtigen Ausländern. Es ist aber bekannt, dass der Unterricht in der Muttersprache des Lehrers eine der wichtigsten Voraussetzungen für den erfolgreichen Sprachunterricht ist. Wo soll man aber heute diese Lehrkräfte nehmen, nachdem man in den Jahren 1937 bis 1938 im Rahmen einer Massenaktion den grössten Teil der gebürtigen Ausländer, darunter Tausende von hochqualifizierten Sprachlehrern entweder in die KZ steckte, oder des Landes verwiesen hat.

Freizügigkeit und Tourismus haben ebenfalls einen grossen Einfluss auf das Niveau der Fremdsprachenkenntnisse der Bevölkerung eines Landes. Trotz gegen-

teiliger Beteuerungen der Sowjetpropaganda gibt es heute nur wenig sowjetische Touristen in Westeuropa, es gibt keinen Kontakt zwischen der sowjetischen Bevölkerung und den ausländischen Touristen in der Sowjetunion, und es gibt praktisch keine Sowjetbürger, die zwecks Sprachstudium im Ausland längere Zeit verbringen. Ein einfacher Vergleich mit den Zuständen im Westen zeigt schon, wie schwer es ist, heute das gleiche Niveau der Fremdsprachenkenntnisse in der Sowjetunion zu erreichen. Es ist ja bekannt, dass viele schweizer Aerzte, Architekten und Ingenieure ihre Semester an den ausländischen Hochschulen absolvieren und dass zahlreiche kaufmännische Schüler und Töchter ihr England- oder Frankreichjahr machen. Demgegenüber gibt es z. B. in Wien ganze sieben sowjetische Studenten, in Paris etwa 20 und in London ebensoviele... auf 200 Millionen Einwohner. Zudem sind diese «Studenten» ausnahmslos Aspiranten für den diplomatischen Dienst.

Die Sowjetpropaganda versucht krampfhaft zu beweisen, dass eine grosse Zahl von sowjetischen Touristen das Ausland besucht, sie versucht es in erster Linie aus politischen Gründen, um den Vorwurf der Isolierung der Sowjetbürger zu entkräften. In dieser Beziehung können folgende Zahlen Klarheit schaffen: Gemäss Angaben der «Statistica del turismo» besuchten im Jahre 1959 zirka 17 Millionen Ausländer das traditionelle Touristenland Italien, davon waren 2,0 Millionen Oesterreicher, 2,0 Millionen Franzosen, 4,5 Millionen Deutsche, 1,5 Millionen Engländer und ... 168 000 Reisende aus den Ostblockländern,

«Die genauesten Uhren der Welt» nennt die «*Ekonomitscheskaja Gasjeta*» zwei neue sowjetische Modelle. Die 2. Moskauer Uhrenfabrik ist daran, die «sehr flache» elektrische Armbanduhr «*Elektritschikije*» auf den Markt zu bringen, die durch eine kleine, jährlich zu ersetzende Batterie getrieben wird. Das Polytechnische Institut von Tscheljabinsk (Südrural) hat für den technischen Gebrauch die 1,5 Kilo schwere elektrische Tischuhr «*Quarz*» entwickelt, die «pünktlicher als die bis jetzt bekannten Chronometer» sein soll. Eine spätere Verminderung des Gewichtes wird durch die Verwendung von Mikroelementen angestrebt.

also Sowjetunion und alle Satelliten zusammen.

Der letzte Beschluss betreffend die Reorganisation des Fremdsprachenunterrichts zeigt ganz deutlich, dass es sich dabei nicht nur um kulturelle Ziele handelt. Es geht auch darum, den politischen, propagandistischen Einfluss im Ausland zu verstärken, namentlich in Asien und Lateinamerika. So weisen einige Bestimmungen des Beschlusses darauf hin, dass der Fremdsprachenunterricht nicht einseitig auf die westeuropäischen Sprachen orientiert sein soll und dass vermehrt Spanisch und gewisse asiatische Sprachen unterrichtet werden müssen. Ferner wird mit der Sprachunterrichtsreform der Zweck verfolgt, die Fachliteratur den sowjetischen Technikern und Wissenschaftlern zugänglich zu machen und die Kontakte mit den ausländischen Kollegen zwecks Erfahrungsaustausch zu erleichtern.

Regierungssystem nach Schweizer Vorbild: Uruguay

Staats- und Regierungsform: Republik mit einer Exekutiven nach Art unseres Bundesrates. Parlament aus Senat und Abgeordnetenhaus (Wahl für vier Jahre). Wahlberechtigt sind alle über 18 Jahre alten Bürger, wobei für die Männer Wahlpflicht besteht. In 19 Departemente gegliedert.

Das gegenwärtige Kollegialsystem nach Schweizer Vorbild 1952 anstelle des alten Präsidialsystems. Die Vollzugsgewalt liegt in den Händen des «Nationalen Regierungsrates» (Consejo Nacional de Gobierno) mit neun Mitgliedern. Das Präsidium ist allerdings der Mehrheitspartei vorbehalten, de-

ren sechs Ratsmitglieder sich im jährlichen Turnus als Repräsentanten des Staates ablösen (entsprechend dem Bundespräsidenten bei uns).

Parteien: Bei den Wahlen von 1958 gewann die rechtsgerichtete Blanco-Partei 51 von 99 Mandaten und nimmt zwei Drittel der Sitze in der Exekutive ein. Die vorherige Regierungspartei der «Colorados» ist in der Opposition; ihr Programm ist vor allem auf den Wohlfahrtsstaat gerichtet. Die übrigen Parteien sind klein. Die offizielle Parteistärke der Kommunisten ist gering.

Einwohnerzahl: 2 800 000. Bevölkerung: europäischer (meist spanischer und italienischer Abkunft), 5 Prozent Mestizen. Sprache: Spanisch.

Religion: vorwiegend römisch-katholisch. Die konstitutionelle Religionsfreiheit besteht auch de facto.

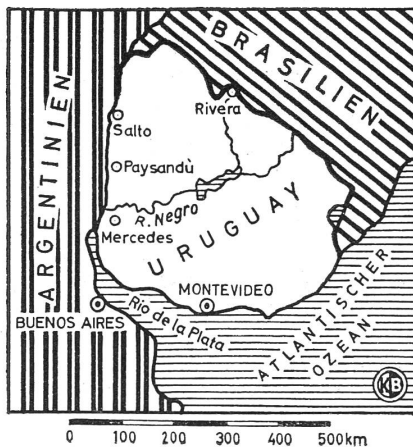
Erziehung: Schulen sind einschliesslich Mittelstufe gratis.

Soziales: Das kleinste Land Südamerikas ist andern Staaten des Kontinentes gegenüber fortschrittlich: Ausgebautes Sozial- und Versicherungswesen. Lohnminima und Arbeitszeit geregelt, Streikrecht.

Städte: Montevideo (Hauptstadt, 850 000 Einwohner), Salto (60 000), Payasandu (50 000), Mercedes, Rivera.

Export: Viehprodukte, Weizen, Pflanzenöle. Wichtigste Aussenhandelspartner USA und Brasilien.

Mitgliedschaft: Uno, OAS, Lateinamerikanische Freihandelszone.



Wirtschaft

Jugoslawien

Titos neues Programm

Mit innen- und aussenpolitischen Problemen setzte sich der jugoslawische Staatschef in einer kürzlichen grossen Rede energisch auseinander und stellte für nähere Zukunft folgende Massnahmen in Aussicht: — Handelsrepressalien gegen die Ostblockländer (insbesondere Bulgarien), welche im Gefolge der albanischen Ausfälle gegen Belgrad in der antijugoslawischen Kampagne mitmachten.

— Vermehrte Beschaffung von Rohstoffen und Verzicht auf inadäquate Investitionen, um der inflationistischen Tendenz zu begegnen.

— Lohnstopp und Erhöhung der Arbeitsproduktivität.

— Kollektivierung in der Landwirtschaft. Der «sozialistische Sektor» müsse zur Vermeidung «einer noch grösseren» (Agrar-) Krise dringend ausgebaut werden.

Seine programmatische Rede hielt Tito am 7. Juni vor 50 000 Personen in der serbischen Stadt Bor, wo er neue Industrieanlagen einweihte. Seine aussenpolitischen Drohungen kamen am Schluss und erhielten besondere Betonung. Unter besonderer Erwähnung der Tschechoslowakei und Bulgariens fasste er seine Warnung in folgende Worte: «Einerseits sagen sie (die zurzeit politisch gegen Jugoslawien eingestellten Oststaaten): „Wir wollen gute zwischenstaatliche Beziehungen, wir wollen Handel mit euch treiben, wir wollen Austausch.“ Andererseits verleumdete sie uns im Vertrauen darauf, wir würden alles vergessen, sobald es um den Handel geht (eine Haltung, die allerdings auf Grund einer vielgeübten jugoslawischen Praxis nicht unbegrifflich scheint). Nein, das geht nicht an. Jugoslawien kann das nicht so betrachten.» Im gleichen Abschnitt seiner Ansprache wies Tito auf die vielversprechenden Beziehungen seines Landes mit den afrikanischen Staaten hin, was in diesem Zusammenhang als Mahnung verstanden werden konnte, Jugoslawien stünden nötigenfalls noch andere Märkte zur Verfügung als diejenigen seiner östlichen Nachbarn.

Das Kernstück der Rede stellte allerdings eine Betrachtung der wirtschaftlichen Lage im Innern dar. Tito will seine Währungsform nicht von einer allgemeinen Verteuerung gefährdet sehen, die sich gegenwärtig überall abzeichnet. «Mehr und billiger produzieren» lautet die Parole, oder auch «weniger bauen — besser ausnützen.» Die für Produktionsmittel angesetzten Fonds hätten auch dafür, und nicht für Neu-Investitionen gebraucht zu werden. Handelstechnischen Manipulationen zur Knapphaltung der Waren und Erhöhung der Preise sei ein Riegel zu schieben. Gleichzeitig liess Tito die Bevölkerung wissen, «dass der Lebensstandard nicht durch Lohnerhöhung erhöht werden kann. Er wird vielmehr durch Erhöhung der Produktion und der Arbeitsproduktivität erhöht.» So heisst hier die Losung: Billiger arbeiten und produzieren.

Die Einordnung der privat wirtschaftenden Bauern in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften forderte Tito ungeschminkt. Er habe sich überzeugen können, dass die Erträge der LPGs grö-

ser seien als diejenigen der privaten Landparzellen. Die Bauern müssten diesen Unterschied erkennen und die Konsequenzen ziehen, d. h. sich freiwillig dem «sozialistischen Sektor» anschliessen. Wenn die landwirtschaftliche Produktion weiterhin vorwiegend privat betrieben werde (was in Jugoslawien die Regel ist, allerdings in besonders definierter Zusammenarbeit mit den Kollektivgütern), werde das Land sogar Brot importieren müssen.

Eine Neuorganisation der Agrarwirtschaft wird zurzeit in der jugoslawischen Presse heftig gefordert. Die Einzelbauern bearbeiten immer noch den grössten Teil des Bodens, allerdings auf kleinen parzellierten Bodenanteilen. Die Maschinen werden ihnen von den LPGs nach bestimmten Schematas geliefert, wobei die Kolchosen wohl zuerst ihre eigenen Bedürfnisse im Auge behalten. Praktisch wirtschaftet der Privatbauer häufig ohne mechanisierte Ausrüstung, ohne allzu grosse Erträge, aber auch ohne allzugrosse Kosten. Die LPGs mit ihren zusammenhängenden Anbauflächen und ihrem Maschinenpark produzieren im Verhältnis mehr, aber auch entsprechend teurer (sie haben auch die sogenannte «Kooperation» mit den Einzelbauern zu verwalten, nebst den üblichen Umtrieben eines administrativ komplizierteren Gebildes), so dass sie fortwährend verschuldet sind. In einem kroatischen Bezirk sind beispielsweise (laut «*Ekonomika Politika*», Belgrad) die Viehzucht- und Ackerbau-Defizite zwischen 1959 und 1960 von 143 Millionen auf 473 Millionen Dinar angewachsen.

Tito will jetzt durch eine Angleichung der Produktionsgrundlagen (selbstverständlich in Richtung auf Kollektivierung) die bestehenden Missverhältnisse abschaffen und eine rationellere Bewirtschaftung bei erhöhter Erzeugung erzwingen. In sämtlichen Satelliten hat bisher die Kollektivierung zu Versorgungsrückschlägen geführt. Aber Belgrad bleibt nach dem anscheinenden Misserfolg der Kooperationsbewegung kaum ein anderer Weg.

Auch in Ungarn

Auf ähnliche Art wie die Rede Titos behandelt auch Ungarn das Lohnproblem. «Als Grundsatz gilt, schrieb die Budapest-Zeitschrift «*Társadalmi Szemle*», dass die Arbeitsproduktivität in grösserem Tempo erhöht werden soll als die Durchschnittslöhne.»

Das Land hat neue Arbeitsnormen mit verschärfter Leistungskontrolle erhalten. Das Regierungsdekret vom 9. Juni sieht neue Grundlagen für die Entlohnung vor mit «technisch-begründeten» Normen. Dass sie noch weiter verschärft werden können, lässt Artikel 3 ersehen: «In der Arbeitsnorm muss die ständige Entwicklung zum Ausdruck gebracht werden.»

Die «Freiwilligenarbeit» macht weiterhin gut organisierte Fortschritte: Für Budapest, wo durch freiwilliges Aufbauwerk die Messestadt «*Lagymanyos*» entstehen soll, ist der «detaillierte Plan der Gemeinschaftsarbeit» fertig erstellt: «50 000 Budapest-er Arbeiter, Hausfrauen, Intellektuelle und Jugendliche» werden bis zum 17. September ihre Freizeit mit der Herstellung der Anlagen ausfüllen können... («*Esti Hirlap*»)

«Eine neue Phase der Arbeit für die Gemeinschaft ist angebrochen», verkündet

«Magyar Nemzet» stolz. «Hunderttausende schieben nach der Arbeitszeit Schubkarren, arbeiten mit Spitzhacke und Schaufel, oder beugen sich über Zeichentische. Die Gemeinschaftsarbeit formt sozialistische Menschen, Bauern, die es vor Jahren noch für unzumutbar gehalten hätten, im Dienst der Gemeinschaft zu arbeiten, bauen jetzt gerne und freudig in den Kollektivwirtschaftlichen Ställe für das Vieh, ohne etwas bezahlt zu bekommen.» Wie gerne die das tun, zeigt eine Zusammenstellung von «*Közgazdasági Szemle*»: Die Jugend desertiert in immer grösserem Ausmass von den LPGs, und «man kann ohne Zweifel feststellen, dass die LPG-Bauern für die Gemeinschaft weniger arbeiten, als sie es früher in der Privatwirtschaft getan hatten.

Auslandsbeziehungen

Bulgarien

Freiplätze für Emigranten

Auf recht stark angewachsene Selbstsicherheit lässt ein Beschluss des bulgarischen Ministeriums für Volksbildung und Kultur schliessen: Zum kommenden Schuljahr werden je zehn Stipendien an Kinder bulgarischer Emigranten verliehen, welche seit längerer Zeit in den USA, Kanada, Australien, Argentinien und Uruguay leben. Das damit ermöglichte Studium in bulgarischer Sprache und Literatur, Journalistik, bulgarischer Musik und Choreographie soll die jungen Bulgaren befähigen, nach ihrer Rückkehr in ihre Wahlheimat die alten Kulturgüter weiter zu vermitteln. Als einzige — leicht begreifliche — Einschränkung wird im Bericht der «*Otetschestven Front*» erwähnt, dass die Eltern der Stipendiaten bereits zur Zeit des Faschismus ausgewandert sein müssen.

Wenn auch angenommen werden kann, dass Bulgarien seine Auswahl sorgfältig treffen wird, scheint doch die gezeigte Zuversicht erstaunlich. Manche Studenten aus den Entwicklungsländern, die schliesslich leichter «zu fassen» waren, haben sich ja angeekelt von der kommunistischen Eindoktrinierung abgewandt. Dagegen wäre zu erwarten, dass die Emigrantensöhne aus dem Westen mit beträchtlichen kritischen Voraussetzungen erscheinen werden. Dazu kommt noch, dass eine gleichartige und längere Erfahrung aus dem Ostblock anscheinend schon negativ verlief. Das immerhin bedeutend freieitlicher wirkende Polen hatte ähnliche Stipendien für Emigranten schon vor drei Jahren gewährt, doch verlautete nie etwas über den Erfolg der Aktion, der demnach ausgeblieben sein dürfte.

Nun lassen es die ausgewählten Fächer vermuten, dass es die bulgarische Propaganda, die oft über ein für Satellitenverhältnisse beachtliches Niveau verfügt, nicht in aufdringlicher Parteilinie angebracht werden soll. Vielleicht sollen in diesem Fall die jungen Gäste aus Amerika weniger vom Marxismus überzeugt werden als davon, dass man in Bulgarien den Marxismus gar niemandem aufzwingt. Womit für die Sache des bulgarischen Marxismus in Emigrantenkreisen schon allerhand gewonnen wäre.

Ohne gerade bis zu solchen Einladungen zu gehen, macht sich die Werbung um Emigrantenkreise auch sonst in den Satellitenstaaten bemerkbar. In der SBZ etwa wurde neulich unter dem Namen «Arbeitskreis zur Pflege der deutschen Kultur und

Curriculum der Woche

SERGEJ ALEXANDROWITSCH
AFANASSJEW

Zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der RSFSR und zum Vorsitzenden des Allrussischen Rates für die Volkswirtschaft hat das Präsidium des Obersten Sowjets der RSFSR einen Diplomaten ernannt. Auf seinem äusserst wichtigen Posten hat Afanassjew die Aufsicht über Wirtschaftsgebiete und Sownarchosen (siehe Gebrauchsterminologie im Osten) sowie über die Durchführung der Gospläne inne.

1947 zum Botschafter der UdSSR in Norwegen ernannt. 1954 zurückberufen als Folge eines norwegischen Protestes über Spionagetätigkeit in der Sowjetbotschaft. In den folgenden zwei Jahren Leiter der 3. Europa-Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. 1955 stellvertretender Leiter der Skandinavien-Abteilung im Ausussenministerium. In der Folge verschiedentlich bei internationalen Verhandlungen und Besprechungen tätig, vor allem mit Finnland. Begleitete 1957 auch Chruschtschew und Bulganin bei ihrem Besuch in Helsinki.

Sprache» eine Gesellschaft gegründet, deren indirekt zugegebener Zweck die Knüpfung solcher Bande zu sein scheint, als Gegenbewegung zur stets anhaltenden Abwanderung nach dem Westen. Der Sekretär dieser Organisation erläuterte ihre Aufgaben u. a. mit dem Hinweis darauf, dass im Ausland lebenden Deutschen (der DDR) ermöglicht werden solle, ihren Geburtsort oder andere Stätten der Erinnerung zu besuchen, ebenso Verwandte und Bekannte. Die Beziehungen seien über Literatur und Volksgut mit den deutschen Kreisen im Ausland aufrechtzuerhalten. «... Unser Bestreben ist es, dass Bürger deutscher Herkunft in Eintracht mit den Völkern der Gastländer leben, frei von Dünkel und Ueberheblichkeit. Allerdings bieten die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR auch im Ausland lebenden Bürgern deutscher Herkunft, die aus besonderen Gründen, zum Beispiel aus sozialer Not, zurückkehren möchten, Heimat und gesicherte Existenz.»

Festzustellen bleibt, dass diese «Brückenschläge» auf ausgesprochen nationalistischer Ebene gegen das eindeutig anti-nationalistische Parteiprogramm des internationalen Kommunismus verstösst, soweit es die Ideologie angeht. Andererseits gehört es freilich auch zu der von Lenin geprägten Form der Ideologie, dass es keinen Grundsatz gibt, der nicht um taktischer Vorteile willen zeitweilig verlassen werden könnte.

Soziales

China

Kinder zur Feldarbeit

Kinder in der Landwirtschaft wie erwachsene Arbeitskräfte einzusetzen und die gesamte Jugend als Reservekraft für die Agrarwirtschaft bereitzustellen, das sind Ziele, welche in einem langen Artikel der Agentur Hsin Hua als unmittelbar und weitgesteckt für die chinesische Bevölkerung von Landwirtschaftsgebieten dargestellt werden.

«Allgemein gesprochen müssen Jugendliche, dessen ungeachtet, ob sie sich später in die landwirtschaftliche Produktion eingliedern wollen oder nicht, die landwirtschaftliche Produktionstechnik studieren», wird gefordert. «Kinder ab zehn Jahren sollen an gewissen Hilfsarbeiten teilnehmen.» Knaben von 13 und 14 Jahren hätten, so wird weiter ausgeführt, das Reispflanzen und Pflügen zu lernen, und mit der erforderlichen Einführung in die Technik «werden die Jugendlichen die landwirtschaftliche Arbeit wie die Erwachsenen durchführen können.» Der Artikel der Agentur aus Shanghai verlangt weiterhin die Einführung des ideologischen Unterrichts für die Landjugend (siehe auch KB Nr. 23).

Gebrauchsterminologie im Osten

Wirtschaftsbezirke

Unterteilung der grossen Wirtschaftsgebiete (deren Neugliederung siehe KB Nr. 23). Wirtschaftliche Verwaltungsterritorien, die mit den politischen Bezirken nicht identisch sind, zumeist aber zusammenfallen. Geleitet von den Volkswirtschaftsräten (Sownarchosen) der einzelnen Republiken. (Estland, Lettland, Litauen und die Moldauische SSR sind je einem eigenen Sownarchos unterstellt.) Die Volkswirtschaftsräte, deren es Ende letzten Jahres in der Sowjetunion 192 gab, unterstehen dem Allunions-Wirtschaftsrat (WSNCH) beim Ministerrat der UdSSR. Im Rahmen der Wirtschaftsbezirke wird Bauwesen und Industrie verwaltet, sofern es sich um republikane Unternehmen handelt. Dagegen untersteht die «lokale Industrie» den politischen Behörden, den lokalen Räten (Sowjets).

Bis 1957 war die Verwaltung der Wirtschaftsbezirke auf Replikenebene von den Industrieministerien besorgt worden, die heute abgeschafft sind. Im Unterschied zur Industrie untersteht das Agrarwesen nach wie vor den Landwirtschaftsministerien der einzelnen Republiken. In der RSFSR gibt es «republikanische Volkswirtschaftsräte», die den Bezirks-

räten übergeordnet sind (Dezentralisierung 1957 — Rezentralisierung 1960). Mögliche Struktur eines Volkswirtschaftsrates nach unten: Sownarchos — Zentralleitung — Trust — Unternehmen. Gegenwärtig geht die Tendenz auf Vereinfachung der Struktur, insbesondere durch Ausschaltung der Trusts als Verwaltungsstufe.)

Kombinate dagegen fassen Unternehmen auf einer andern Ebene zusammen; nicht als Verwaltungsstufe, sondern als Produktionseinheit (Beispielsweise können einzelne mit der Erzeugung von Oelderivaten beschäftigte Industriesektoren in einem Kombinat zusammengefasst werden).

Die Aufgaben der Sownarchosen werden durch die

Gospläne

festgelegt. Darunter werden sowohl die Planung als auch die damit beauftragten Organe (Kommissionen) verstanden. Es gibt Gospläne auf verschiedenen Stufen sowohl der politischen Gliederung (Unionsrepubliken, politische Gebiete und Bezirke) als auch der wirtschaftsgeographischen Unterteilung (Administrative Wirtschaftsgebiete und Bezirke). Das Programm der Gospläne ergibt sich aus den Jahresplänen, Siebenjahresplänen und Perspektivplänen, die massgebend für die Wirtschaftsverpflichtungen sind.

BRIEFE

Über Briefe

J. B. in Steffisburg. *Das beste Mittel, die russische Intelligenz über die Entwicklungen in unserer Welt zu informieren, scheint mir der Briefwechsel zu sein. Zwar dürfen wir zuerst noch nicht über grosse Politik schreiben, sondern müssen ein Gebiet suchen, wo die Möglichkeiten der Verständigung grösser sind: nämlich die zeitgemässe Kunst und Literatur oder einfach das Leben im Westen. Das Wichtigste ist, den Russen zu zeigen, dass wir nicht so schlecht sind, dass es andere Ansichten als die ihren überhaupt gibt, und dass sie wichtige Dinge überhaupt nicht wissen.*

— Können Sie mir sagen, wo man solche Adressen erhält? (Nein)

— Werden die Briefe zensuriert (Ja) und wenn ja, in welcher Sprache ist die Zensur am gnädigsten? (Was sie nicht versteht, hat ohnehin keine Chance, durchzukommen, es sei denn unter Ueberwachung, um dem Empfänger Gelegenheit zu geben, sich selbst einen Strick zu drehen.)

— Haben die Adressaten im Ostblock etwas zu befürchten, falls wir gefährliche Dinge schreiben? (Ja)

— Wie verhalten sich die betreffenden Regierungen im Ostblock zum Briefwechsel?

(Auf jeden Fall aufmerksam. Ermutigend, wenn beispielsweise Geld beiliegt, was Devisenbereicherung bringt. Dem Empfänger wird nach Abzug der Gebühren der Gegenwert im niedrigeren Landeskurs gegeben —, freundlich, wenn der betreffende Staat ein propagandistisches Interesse für sich sieht und unfreundlich im andern Fall. Für uns zu bedenken bleibt immer, wie sich die Regierung zum Adressaten verhält.)

Die Frage der Briefbeziehungen zum Ostblock ist vielschichtig. Wir werden darauf zurückkommen. Red. KB

Die Buchbesprechung

Blanche Christine Olschak:
Tibet: Erde der Götter

Vergesse Geschichte, Mythos und Saga, mit einem Vorwort von Heinrich Harrer und Thubten Norbu, dem ältesten Bruder des Dalai Lama, sowie mit acht Tafeln und sieben Karten versehen. Erschienen im Rascher Verlag Zürich und Stuttgart 1960. 137 Seiten. Der Titel des Buches «Erde der Götter» ist eine wörtliche Uebersetzung des Namens der Hauptstadt «Lha-sa», sogenannte seit Mitte des 7. Jahrhunderts als die ersten Buddha-Idole nach Tibet kamen. Die Verfasserin stützt sich auf die interessanten Geschichtsdokumente der chinesischen Chroniken, die Aufzeichnungen des Marco Polo, die erste mittelalterliche Missionsexpedition sowie auf die tibetischen Bücher und Heiligen Schriften. Die erste verlässliche Kunde über Tibet und der erste Bilderbericht kamen im 17. Jahrhundert nach dem Westen. In den Cessarepen wird die Geburt dieser irdischen Inkarnation des grössten Himmelsgottes und seine Taten geschildert. Abschliessend wird die Entwicklung der «Gelben Kirche» des Priesterstaates der Dalai Lamas beschrieben und endet mit der Flucht des 14. Dalai Lamas am 17. März 1959 vor dem kommunistischen Einmarsch nach Indien. Aufschlussreich sind die ausführlichen Zeittafeln und in den «Anmerkungen» die Buchquellen mit Erläuterungen. OE

Unser Memo

Während die Kommunisten in ihren internationalen Beziehungen ihr Bestreben für den Frieden proklamieren, kann im Ostblock selbst schon Neutralitätspropaganda mit dem Tode bestraft werden. Diese Bestimmung kennt Rumänien, wo in Artikel 187 des Gesetzes vom 21. Juli 1958 ausdrücklich die Todesstrafe vorgesehen ist «für die Begehung von Handlungen, die den rumänischen Staat in eine Neutralitäts- oder Kriegserklärung verwickeln könnte. Gleich geahndet wird dasselbe «gegenstaatliche» Verbrechen, wenn es sich gegen andere «Arbeiterstaaten» richtet.

Charakteristisch für den Ostblock sind der sowjetische Artikel über den Friedensschutz und die entsprechenden Rahmengesetze zum Schutz des Friedens in sämtlichen Volksdemokratien. Das Wort «Frieden» wird dabei nicht weiter definiert, obwohl der Tatbestand seiner Schädigung durchwegs mit schärfsten Strafen belegt wird.

Immerhin gibt es konkretes Verhalten, das eindeutig als «Kriegshetze» gewertet wird. Wer beispielsweise in der Sowjetunion oder in den Satelliten für die Abrüstung (der betreffenden Staaten) plädiert, ist Verbrecher gegen den Frieden und Kriegshetzer, denn er steht damit automatisch im Dienste des Klassenfeindes, der den sozialistischen oder volksdemokratischen Staat angreift (potentiell immer — denn der «Imperialismus sucht die Aggression», Chruschtschew).

Gegen das polnische Friedensgesetz verstösst (und wird mit Freiheitszug bis zu 15 Jahren bestraft) wer «gegen die Bewegung der Friedensverteidiger» agiert. Dass die kommunistischen Streitkräfte zu den «Friedensverteidigern» in erster Linie gehören, wurde in sämtlichen kommunisti-

schen Staaten bei jeder Gelegenheit betont. Gegen den Frieden ist also, wer gegen den Kriegsapparat ist.

Ein Verbrechen gegen den Frieden begeht ferner nach tschechoslowakischer Definition, wer versucht, die friedliche Koexistenz der Völker zu stören (Freiheitsstrafe bis zu 25 Jahren). Und friedliche Koexistenz ist laut einer der letzten Definitionen («Narodno delo, Varna», 19. Mai) des bulgarischen Partei-Ideologen Valkanoff: «... eine komplizierte Form des Klassenkampfes, die zwei Grundsätze enthält: Kampf und aktive Zusammenarbeit. Friedliche Koexistenz zwischen zwei Systemen bedeutet unversöhnlichen Klassenkampf auf ideologischem Gebiet. Die Dialektik der friedlichen Koexistenz besteht darin, dass sich unter ihren Bedingungen günstige Möglichkeiten für die Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und für die Entwicklung nationaler Befreiungsbewegungen der Völker in kolonialen und abhängigen Ländern ergeben.» Gegen den Frieden ist also, wer versucht, Kampf und Aufruhr in der nicht-kommunistischen Welt «zu stören» — wenn das Wort nach der gegebenen kommunistischen Definition noch einen Sinn hat — das heisst, nicht zu unterstützen.

So wahrt der Kommunismus in seinem Machtbereich den Frieden, den er in seinen internationalen Organisationen der Welt verkündet. Was Chruschtschew unter Frieden in der Welt versteht, auch daran kann erinnert werden: «Die Befreiungskriege (nur vom Kommunismus gutgeheissene, alle andern sind laut Definition «reaktionär») wird es so lange geben, als es Imperialismus und Kolonialismus gibt. Sie sind nicht nur zulässig, sondern auch unvermeidlich... Welches ist unsere Einstellung zu solchen Kriegen und zu solchen Aufständen? Die positivste. Die Kommunisten gewähren diesen gerechten Kriegen totale Unterstützung.»

Der Schnappschuss

«Sputnikgruppe des Siebenjahresplanes», diesen Titel erhielt eine Pioniergruppe der Puschkin-Oberschule Welzow (SBZ). Die Auszeichnung ist erstmalig verliehen worden. Der Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen ist in der sowjetzonalen patriotischen Partei-Terminologie schon seit geraumer Zeit erfolgreich immer wieder getan worden. Einmal mehr schadet nicht.

Aus dem Artikel von Leontjew in der «Literaturnaja Gasjeta» über die Schweiz (siehe KB Nr. 23): «Und schliesslich ist die Schweiz offiziell neutral. Sie macht nicht in der Nato mit. Sie hat sogar den Beitritt in die Uno abgelehnt, um nicht irgendetwas, vielleicht aus Versehen, auf die geheiligte Neutralität verzichten zu müssen. Aber der Begriff Neutralität wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch denjenigen der Solidarität ergänzt, das heisst der Solidarität mit dem Westen, seinen Ideologien und sogar seiner Bewaffnung... Die Schweizer Armee wird mit Nato-Waffen ausgerüstet... Die Schweiz nimmt sehr aktiv am Kalten Krieg teil. Deshalb ist hier die neue Bibel so verbreitet, deren stets sehr einseitige Gebotstafeln den Bewohnern des Westens von den amerikanischen Staatsmännern wie dem verstorbenen Dulles, den greisen Truman und Eisenhower und den jüngeren Staatsmännern (Kennedy wird noch nicht namentlich in diese Reihe gestellt) vorgehalten werden. Die kurze Zusammenfassung dieser Bibel: «Wir sind die freie Welt. Die einzige Revolution, die wir anerkennen, ist die amerikanische Revolution des 18. Jahrhunderts.» Unter dieser Freiheit ist die Handelsfreiheit, die Freiheit zum Kapitalerwerb und zur Ausbeutung der Menschen und Völker gemeint.»

Beschaffung

Mit diesem einen lakonischen Wort überschreibt «Krokodil» die idyllisch-drollige Zeichnung, die in Wirklichkeit ätzende Kritik an Statistikern und führenden Funktionären der Landwirtschaft enthält.

In diesem besonderen Falle geht es um die plangemässe Fleischablieferung der Kolchosen. In den Rechenschaftsberichten wurde häufig erfülltes Soll gemeldet, auf Grund von papierenen Schwindelankäufen und -verkäufen oder auch von direkter Dokumentenfälschung, ein Vergehen, das jetzt mit verschärften Strafen geahndet wird (siehe KB Nr. 21). Die «Plankuh» als entwendetes Kinderspielzeug — die Idee ist immerhin illustrativ.

Mit der Fleischversorgung hapert es zurzeit nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den meisten Volksdemokratien (KB Nr. 11 und Nr. 23). Der Grund liegt unter anderm darin, dass die Kolchosbauern für den kollektiven Viehbestand bedeutend weniger Interesse zeigen als für ihre private Viehhaltung innerhalb der Nebenwirtschaften (Hofstellen). Bekämpft wird die Tendenz vornehmlich durch die systematische Abschaffung (auf dem Wege der Einschränkung) der Nebenwirtschaften.

